

Fran Osrecki

Autonomie von der Abweichung her denken

Zur Wiederentdeckung einer Theoriefigur

Im vorliegenden Beitrag wird argumentiert, dass soziale Systeme unter bestimmten Voraussetzungen Strukturen entstehen lassen, die in funktionaler Weise von ihren Selbstbeschreibungen abweichen. Hierfür wird zunächst dargestellt, wie Theorien funktionaler Differenzierung mit den Selbstbeschreibungen sozialer Systeme umgehen (1) sowie die daran geäußerte Kritik erörtert, dass hierbei lediglich deren idealisierte Autonomiebehauptungen wiederholt würden (2). Am Beispiel der Theoriefiguren des ‚inoffiziellen Machtkreislaufs‘ im politischen System und der ‚brauchbaren Illegalität‘ in formalen Organisationen wird gezeigt, dass in der Luhmann’schen Theorie funktionaler Differenzierung, entgegen einer engen Lesart, explizit auf die Funktionalität von Strukturen Bezug genommen wird, die der Selbstbeschreibung von sozialen Systemen entgegenlaufen (3). Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf mögliche konzeptionelle und empirische Ausarbeitungen dieser Theoriefiguren (4).

1 Differenzierungstheorien, Selbstbeschreibungen und die Autonomie gesellschaftlicher Teilsysteme

Soziologische Theorien funktionaler Differenzierung, also Theorien, die Gesellschaften vorrangig anhand ihrer Differenzierungsstruktur unterscheiden, kommen, grob gesagt, in zwei Varianten vor. Zum einen in der Durkheim’schen Tradition als Theorien der voranschreitenden beruflichen Arbeitsteilung und der damit einhergehenden Rollendifferenzierung in der modernen Gesellschaft. Auf der anderen Seite entstanden schon relativ früh abstraktere Differenzierungsmodelle, die die Ausdifferenzierung ganzer gesellschaftlicher *Teilsysteme*, *Funktionssysteme*, *Handlungssphären* oder *Wertsphären* in den Blick nahmen und aus dieser Perspektive vor allem die Herausbildung je eigener teilsystemspezifischer Orientierungsmuster in Wirtschaft, Wissenschaft, Religion, Politik, Kunst etc. als das zentrale Charakteristikum der modernen Gesellschaft ansahen. In dieser Tradition stehen bekanntlich die klassischen Autoren Marx, Weber und Parsons sowie die modernen Autoren Luhmann und Bourdieu, die alle in je unter-

schiedlicher Ausprägung die Autonomie dieser *Großgebilde* in den Blick nahmen.

Charakteristisch für den soziologischen Umgang mit diesen gesellschaftlichen Großgebilden ist, dass hier stets die Perspektive der Fremdbeschreibung präferiert wurde. Da nämlich im Zuge der Ausdifferenzierung von Teilsystemen¹ diese zunächst elaborierte Formen der Selbstbeschreibung anfertigen, musste die Soziologie, um diese Selbstbeschreibungen nicht einfach zu duplizieren und ihnen etwas Neues hinzuzufügen, ihnen gegenüber eine inkongruente Perspektive einnehmen. Dies geschah, indem man Selbstbeschreibungen von Teilsystemen als unwissenschaftliches Gedankengut zu dekonstruieren begann (vgl. Kieserling 2004: 26ff.): als ideologischen Überbau, als Dogmatik, oder, systemtheoretisch gewendet, als Reflexionstheorien von Teilsystemen. Von nun an sah die Soziologie ihre Aufgabe vorrangig darin, nach latenten Funktionen und unbeabsichtigten Nebenfolgen solcher Selbstbeschreibungen zu fragen bzw. soziale Strukturen aufzudecken, die in den *offiziellen* Selbstbeschreibungen – wie in der Rechtstheorie, der Theologie, der Wissenschaftstheorie, der Pädagogik oder der Betriebswirtschaftslehre – gerade nicht vorkommen, aber in den Teilsystemen strukturwirksam sind. So sei die latente Funktion des Erziehungssystems die Stabilisierung sozialer Ungleichheit (z.B. Bourdieu); die Religion habe die latente Funktion, Unterschichten von Revolutionen abzuhalten (Marx) oder habe in ihrer protestantischen Variante die unbeabsichtigte Nebenfolge der Herausbildung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen (Weber); das Rechtssystem funktioniere vor allem als Klassenjustiz; die Ausbildung eines ausdifferenzierten Wissenschaftssystems führe zu Zweck-Mittel-Verschiebungen wie der Überlagerung von Erkenntnisinteresse durch das Streben nach Reputation. Viele andere Beispiele ließen sich anführen und diese eifrige Suche nach Latenzen prägt soziologische Analysemodelle bis heute.

Fasst man nun die Soziologie der gesellschaftlichen Teilsysteme als eine „Soziologie ihrer latenten Strukturen“ (Kieserling 2005: 433), dann drängt sich freilich die Frage auf, wie man soziologisch mit den manifesten Strukturen, also mit den offiziellen, nach außen kommunizierbaren Selbstbeschreibungen von Teilsystemen umgehen soll – wie also die Einheit dieser Großgebilde, die ja latente *und* manifeste Strukturen enthalten, beschrieben

1 Obwohl der Begriff ‚Teilsystem‘ suggeriert, dass hier ein Ganzes (die Gesellschaft) analytisch in einzelne Teilbereiche zergliedert werden kann und dies nicht von allen soziologischen Differenzierungstheorien so gesehen wird, werde ich, solange ich von Differenzierungstheorien im Allgemeinen spreche, diesen recht allgemeinen Begriff verwenden.

werden kann. Dies ist vor allem für Differenzierungstheorien ein Problem, denn die Frage nach der ‚Einheit‘ eines gesellschaftlichen Teilsystems stellt sich nur, wenn man begrifflich fassen will, inwiefern bestimmte soziale Strukturen als Alleinstellungsmerkmal des Systems verstanden werden können, also dort *und nur dort* vorkommen. Mit einer einseitigen Konzentration auf latente Strukturen ist das schwer zu bewerkstelligen, denn auch wenn bspw. der Reputationskult eine latente Struktur im Wissenschaftssystem sein mag, kommt er auch in anderen Teilsystemen wie der Kunst vor. Der Klassenbias des Rechtssystems ist nicht nur für dieses, sondern bspw. auch für das Erziehungssystem charakteristisch. Mit anderen Worten: die Einheit eines Teilsystems kann nicht nur über dessen latente Strukturen gefasst werden.

Soziologische Differenzierungstheorien, die manifeste *und* latente Strukturen von Teilsystemen gleichzeitig einer soziologischen Analyse zuführen, sind bis heute eine Ausnahme geblieben. So wurde dem Strukturfunktionalismus sensu Parsons (1951), als der historisch erfolgreichsten soziologischen Differenzierungstheorie, vorgeworfen, mit der starken Konzentration auf latente Strukturen, die manifesten Strukturen den Selbstbeschreibungen der Teilsysteme zu überlassen. Charakteristisch für dieses Problem steht die strukturfunktionalistische Wissenschaftssoziologie von Robert Merton (1973), dessen Analyse der normativen Struktur der Wissenschaft im Prinzip auch einem Lehrbuch in Wissenschaftstheorie, also der idealisierten Selbstbeschreibung des Wissenschaftssystems, hätte entlehnt sein können. Mit einem solchen Ansatz beschränkte sich die Soziologie des Teilsystems Wissenschaft auf Normverstöße, Karriereverläufe oder die organisatorische Infrastruktur der Wissenschaft, konnte aber über das ‚Kerngeschäft‘, den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess selbst, nichts sagen. Solange der Normalbetrieb des Teilsystems ‚glatt‘ läuft, muss die Soziologie stumm bleiben und die Selbstbeschreibung des Teilsystems für bare Münze nehmen.

Gegen diese Art der soziologischen Differenzierungstheorie regte sich ab den späten 1960er-Jahren vehemente Kritik, die inhaltlich zu divers war, um hier im Detail nachgezeichnet werden zu können (siehe z.B. Demerath/Peterson 1967; Gouldner 1974; Mills 1963). Für den vorliegenden Beitrag zentral ist diejenige kritische Strömung, die in der Auseinandersetzung mit den Selbstbeschreibungen gesellschaftlicher Teilsysteme „den Strukturwert der manifesten Strukturen offen bestritt: diese ‚Strukturen‘ stünden nur auf dem Papier der Selbstbeschreibung“ (Kieserling 2005: 433). Aus dieser Perspektive sind Selbstbeschreibungen von Teilsystemen sehr wohl einer soziologischen Analyse zugänglich, allerdings nur, indem man sie als *erfolgreiche Ideologien* begreift. Vor allem die Selbstbeschreibung als ‚autonomes‘, spricht: von äußeren Zwängen relativ unabhängiges,

Teilsystem war den Kritikern ein Dorn im Auge. Eine solche Selbstbeschreibung sei zwar wichtig für die Sozialisation in Leistungsrollen und als Werkzeug zur Legitimationsbeschaffung, strukturiere aber nicht das ‚Tagsgeschäft‘ von Teilsystemen. Charakteristisch für diese Haltung steht bspw. das ‚strong programme‘ (Bloor 1976) in der soziologischen Wissenschaftsforschung, das die Orientierung des Wissenschaftssystems an Wahrheitskriterien für eine Selbstidealisierung hält, die zwar unter Legitimationsgesichtspunkten wirkmächtig sei, aber nicht über den Erfolg oder Misserfolg von Erkenntnissen entscheide. Statt dessen, so die bekannte ‚Symmetriethese‘, erklärten sich sowohl der Erfolg, als auch der Misserfolg von wissenschaftlichen Ansätzen durch ‚Mikropolitik‘, sei es nun durch pragmatische Handlungsverknüpfungen im Labor (Knorr-Cetina 1991) oder durch Lobbyarbeit in den Zentren politischer Macht (Latour 1993).

Die innersoziologische Popularität dieses Diskurses ist kaum zu überschätzen, denn sie erstreckt sich auch auf die Dekonstruktion der Selbstbeschreibungen anderer Teilsysteme, wie der des Rechtssystems. Hier hatte vor allem die ‚labeling theory‘ (z.B. Becker 1963) die Haltung vertreten, dass die Orientierung des Rechtssystems an der Leitunterscheidung Recht/Unrecht eine idealisierende Selbstbeschreibung sei. Kriminelle Karrieren ließen sich nicht durch Recht- oder Unrechtmäßigkeit einzelner Handlungen erklären, sondern vielmehr dadurch, dass bestimmte Personen und Gruppen vom Rechtssystem aktiv zu Kriminellen *gemacht* werden. Ein dritter prominenter Fall ist, wenn auch nicht auf ein Teilsystem, sondern auf einen Rollentypus bezogen, der ‚power approach‘ in der Soziologie der Professionen (zum Verhältnis von Autonomie und Professionen vgl. Torca in diesem Band). Hier wurde – wiederum in dezidiert abwehrhaltung gegen Parsons – argumentiert, dass sich die Unabdingbarkeit professionellen Handelns in der modernen Gesellschaft nicht durch die Funktion der Professionellen oder ihre Autonomie von Bürokratie und Kapitalismus erklären lasse (Parsons 1939), sondern dadurch, dass sich diese Berufsgruppen im Zuge historischer Konflikte *aktiv* unabdingbar gemacht hatten (Abbott 1988). Das spezifisch professionelle (sprich: autonome) Rollenhandeln, charakterisiert durch Universalismus, funktionale Spezifität, affektive Neutralität und Gemeinwohlorientierung (Parsons 1968) sei wiederum eine idealisierende Selbstbeschreibung und soziologisch naiv. Sie diene lediglich der Verschleierung von Selbstinteresse und der Abwehr professionsexterner Kontrolle und mache die Professionssoziologie zur ideologischen Steigbügelhalterin mächtiger Berufsgruppen, die den Zugang zu einem einträglichen Arbeitsmarkt und die Ausübung bestimmter Berufe für sich monopolisieren konnten (Johnson 1972; Larson 1977).

All diesen Ansätzen ist gemein, dass sie Autonomie ausschließlich als Kategorie der idealisierten Selbstbeschreibung von sozialen Systemen ver-

stehen. Mehr noch: Die vermeintliche Eigengesetzlichkeit ist der zentrale Stein des Anstoßes besagter Ansätze, die, pointiert ausgedrückt, ihre Aufgabe vor allem in der Dekonstruktion von Autonomiebehauptungen sehen. Aus dieser Position folgt, dass nicht nur auf Autonomie abstellende Selbstbeschreibungen von Teilsystemen als Ideologien zu entlarven sind, sondern auch soziologische Theorien, die diese Autonomie analytisch ernst nehmen (vgl. Wehling in diesem Band). Solche Ansätze sind somit dezidiert gegen soziologische Differenzierungstheorien formuliert worden und können auch gar nicht als Differenzierungstheorien funktionieren, da sie, ironischerweise analog zum Strukturfunktionalismus, vorrangig die latenten Strukturen von Teilsystemen in den Blick nehmen und es nicht für nötig erachten, auch die manifesten als soziologisch relevant zu würdigen. Während z.B. Merton, vereinfacht ausgedrückt, die manifesten Strukturen der Wissenschaft für relevant aber soziologisch für unkritisch hielt, werden in der gegenwärtigen Wissenschaftsforschung die manifesten Strukturen vollends auf ihre manipulativen Funktionen reduziert – sie sind nichts weiter als wirksame Fassaden, die den Blick auf die soziologisch eigentlich interessante Inneneinrichtung von Laboratorien, Universitäten, Fachjournalen etc. verstellen. Autonomiebehauptungen sind bloß idealisierender Zierrat, der verschleiern soll, dass gesellschaftliche Teilsysteme *in Wirklichkeit* durch externe und durch ihre Selbstbeschreibungen nicht gedeckte Strukturen konditioniert sind: Politik sei Wirtschaft mit anderen Mitteln, Erziehung sei Klassenherrschaft mit anderen Mitteln, Wissenschaft sei Politik mit anderen Mitteln.

Um beim Beispiel Wissenschaft zu bleiben, ist es aus dieser Position jedoch sehr schwer, die Frage zu beantworten, ob, wie und wieso sich die hinter den Fassaden vorgefundene ‚Mikropolitik‘ in einem Labor von der Mikropolitik in parlamentarischen Ausschüssen unterscheidet. Wer diese Frage damit beantwortet, dass es ja genau darum gehe, aufzuzeigen, „dass es keine interessante epistemologische Differenz [...] zwischen den Verfahrensweisen der Wissenschaft und denen anderer institutioneller Bereiche“ (Knorr-Cetina 1992: 408) gebe, muss sich freilich die Kritik gefallen lassen, dass es analytisch betrachtet recht schwierig ist, Objekte wie Wissenschaft, Recht, Kunst oder Politik überhaupt in den Blick zu nehmen, wenn man, den eigenen Argumenten folgend, diese gar nicht von anderen Objekten unterscheiden kann und will (siehe dazu Kaldewey 2013: 48ff.). Die selbstauferlegte aufklärerische Aufgabe der Soziologie scheint sie dazu zu verpflichten, Wissenschaft als nicht-Wissenschaft (z.B. Bruno Latours Fassung von Wissenschaft als ‚Politik mit anderen Mitteln‘), Recht als nicht-Recht (Konstruktion abweichenden Verhaltens), Erziehung als nicht-Erziehung (Reproduktion sozialer Ungleichheit) etc. zu definieren. Wer Autonomiebehauptungen dieser Teilsysteme soziologisch ernst nimmt, macht sich vor

diesem Hintergrund dann der ‚unkritischen‘ Naivität oder, schlimmer noch, der Komplizenschaft schuldig.

Kurzum: die Skepsis gegenüber manifesten Selbstbeschreibungen führte zu einer Skepsis gegenüber Autonomiebehauptungen und diese zu einer einseitigen Konzentration auf Latenzen. Gerade dadurch aber drohen die Untersuchungsobjekte im Laufe des Analyseprozesses aber zu verschwinden. Diese und ähnliche kritische Einwände müsste man für alle Theorien, die die Selbstbeschreibungen von Teilsystemen ausschließlich in Form von Ideologiekritik behandeln, einzeln vorstellen, was den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Wichtig ist lediglich festzuhalten, dass sich trotz berechtigter Kritik an diesen Ansätzen ab den 1970er-Jahren keine soziologische Differenzierungstheorie unter Rezeptionsgesichtspunkten als ernsthafte Alternative durchsetzen konnte. Soziologische Differenzierungstheorien, die die Autonomie von Teilsystemen analytisch ernst nehmen sind vielmehr zu einem Minderheitenparadigma in der Soziologie geworden.

Versuche einer Reaktivierung des Strukturfunktionalismus bspw. durch Jeffrey Alexander (1993) wurden trotz weitreichender Umbaumaßnahmen des ursprünglichen Theorieprogramms als wenig innovativ erlebt und setzten auch am Problem der einseitigen Konzentration auf Latenzen nicht an (Nassehi 2004: 99). Damit blieben als die letzten beiden ‚Bastionen‘ der Differenzierungstheorie nur die Bourdieu’sche Feldtheorie und die Luhmann’sche Theorie funktionaler Differenzierung übrig, die beide aus je eigenen Gründen zu keiner rezeptionstechnischen Renaissance des Differenzierungsparadigmas führten. Bourdieus Feldtheorie hat zwar klare differenzierungstheoretische Grundelemente und dies v.a. in den Figuren der feldspezifischen Kapitalsorten und der ‚autonomen‘, d.h. von anderen Feldlogiken unabhängigen, Pole gesellschaftlicher Felder. Dennoch wird Bourdieus Theorie, und dies gerade von ihren Vertretern, vorwiegend als Theorie zur Erklärung sozialer Ungleichheit verstanden, weshalb es bislang umstritten ist, ob Bourdieu als Differenzierungstheoretiker, Ungleichheitstheoretiker oder gar als beides zugleich verstanden werden sollte (siehe dazu Bongaerts 2008: 303ff.; Kieserling 2008; Petzke 2009). Wurde Bourdieus Theorie also meist gar nicht als Differenzierungstheorie im strengen Sinne gelesen, so war der dezidiert differenzierungstheoretische Ansatz Luhmanns deshalb keine ernsthafte Alternative zu ‚autonomieskeptischen‘ Perspektiven, weil diese sich genau gegen das aussprachen, was jener *auf den ersten Blick* zu reproduzieren schien: die Gleichsetzung von Autonomie und manifester Selbstbeschreibung gesellschaftlicher Teilsysteme. Allerdings setzt dies eine äußerst *enge Lesart* der Luhmann’schen Differenzierungstheorie voraus, die im Folgenden erläutert werden soll.

2 Autonomie als Selbstbeschreibung von Funktionssystemen?

Grob gesagt ist die gängige Lesart der Luhmann'schen Theorie funktionaler Differenzierung, dass hier, im Übrigen parallel zur Vorstellung Bourdieus (siehe dazu Kuchler 2006: 5ff.), die Gesellschaft verstanden wird als *differenziert* in *autonome* Funktionssysteme. Für Luhmann bemisst sich jedoch, und anders als für Bourdieu, die *Autonomie* an der operativen *Schließung*, durch die Funktionssysteme nur auf systeminterne Reize reagieren und sich dadurch vom Rest der Gesellschaft, die wiederum in Funktionssysteme differenziert ist, unabhängig machen. In dieser Lesart wird der Autonomiebegriff spezifiziert als *Selbstreferenz* oder *Autopoiesis*. Funktionssysteme wie Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Recht etc. sind, wie soziale Systeme im Allgemeinen, in dieser Konzeption nichts als rekursiv vernetzte Kommunikationszusammenhänge, bestehen also *nur* aus Kommunikationen (Luhmann 1988: 50), die *rekursiv geschlossen* sind, sich also gegen alle Kommunikationen abgrenzen, die nicht zum System gehören (Luhmann 1997: 754). Welche Kommunikationen zu einem Funktionssystem gehören und welche nicht, hängt für Luhmann bekanntlich an der Codereferenz der Kommunikation, also davon ab, ob sie mit der Unterscheidung *wahr-unwahr* (Wissenschaft), *Machtüberlegenheit-Machtunterlegenheit* (Politik), *Zahlung-Nichtzahlung* (Wirtschaft), *Recht-Unrecht* (Rechtssystem) etc. operieren, oder andere Unterscheidungen zugrunde legen. Werden Kommunikationen anhand einer anderen binären Codierung prozessiert, „befindet man sich in einem anderen System“ (Luhmann 1993: 187).

Die Kritik an diesem Ansatz hat eine mittlerweile lange Tradition (siehe dazu Nassehi 2004). Recht prominent sind dabei Einwände, die durch die Kritik am Luhmann'schen Differenzierungsparadigma Theorien funktionaler Differenzierung *im Allgemeinen* mitkritisieren und sie offen ablehnen. Paradigmatisch dafür ist bspw. die Kritik von Berger (2003), der generell bezweifelt, dass man soziale Praxen diesem oder jenem Funktionssystem exklusiv zuordnen könne. Ähnlich gebaut ist das Argument von Knorr-Cetina (1992), die, mit Verweis auf empirische Erkenntnisse der Wissenschaftsforschung, der Luhmann'schen Differenzierungstheorie „Unterkomplexität“ bescheinigt: Diese sei nichts weiter als eine „saubere Verschachtelung von Gesellschaft in verschieden gefärbte Boxen“ (Knorr-Cetina 1992: 407f.), während die empirische Realität (des Labors) statt von einer vorwiegenden Orientierung an einem Code (in dem Falle *wahr/unwahr*) von zahllosen sozialen Mechanismen geprägt sei, die sich dem vermeintlichen Code nicht beugten und auch in keiner Weise durch ihn konditioniert seien.

Vor dem Hintergrund dieser generell ‚differenzierungsskeptischen‘ Ansichten reflektieren jedoch auch zunehmend die Vertreter des Differenzie-

rungsparadigmas bzw. dessen wohlwollende Kritiker selbst, dass ein zentrales Problem soziologischer Autonomiebehauptungen darin liegt, dass sie bisweilen den *Selbstbeschreibungen* von Funktionssystemen *zu nahe* kommen. Paradigmatisch für diese Perspektive sind kritische Haltungen, die eben nicht das Differenzierungsparadigma als solches ablehnen, wohl aber den rein kommunikationstheoretischen, auf binäre Codierungen abstellenden Begriff von Autonomie, sprich: die Autopoiesis von Funktionssystemen. So meint etwa Schmidt (2005: 413), dass es analytisch zwar wichtig sei, die moderne Gesellschaft dadurch zu charakterisieren, dass sie es gelernt habe, spezifisch rechtliche von spezifisch politischen, religiösen, wirtschaftlichen etc. Kommunikationen zu unterscheiden. Fasse man aber die Autonomie von Funktionssystemen im Luhmann'schen Sinne *ausschließlich* über systemspezifische Kommunikationen, müssten Institutionen, Rollen, Organisationen und Interaktionen, also ein Großteil der für die Soziologie zentralen Strukturen, der Umwelt von Funktionssystemen zugeordnet werden. Ohne hier auf die Frage eingehen zu können, ob und inwiefern z.B. Organisationen Funktionssystemen zugeordnet werden können oder nicht (hierzu Kneer 2001), stellt sich Autoren wie Schmidt folgerichtig die Frage, was sich in so definierten Funktionssystemen dann noch an soziologisch relevanten Strukturen finden lässt. Die Antwort ist: lediglich deren selbstproklamierte Eigenrationalität. Die Analyse von Funktionssystemen werde zu einer

„Rekonstruktion der Selbstbeschreibungen von Funktionssystemen, Reformulierung gesellschaftlicher Selbstverständigungsdiskurse und Rechtfertigungssemantiken, die er [Luhmann; F.O.] in systematisierter und dogmatisierter Form als Reflexionstheorien der Systeme vorfindet [...] und deren systemtheoretische Paraphrasierung er dann, die jeweilige Sonderlogik auf die Spitze treibend, als Gesellschaftstheorie ‚verkauft‘“ (Schmidt 2005: 417).

Ähnlich sieht es auch Renn (2004; 2006), der die Differenzierung binär codierter Kommunikationen zwar für soziologisch relevant hält, sie allerdings nur als „explizite“ kulturelle Wissenssysteme oder Semantiken behandelt, von denen er die „impliziten kulturellen Lebensformen“ unterscheidet (Renn 2004: 243). Binär codierte Kommunikationen schrumpfen zur zwar differenzierten, genuin modernen und in diesem Sinne für die Soziologie aufschlussreichen, aber eben bloß manifesten, ‚offiziellen‘ Schauseite von Funktionssystemen.

Damit schließt sich der Kreis aus Kritik und Gegenkritik an Theorien funktionaler Differenzierung. Während die frühe Soziologie in ihrer Konzentration auf Latenzen die manifesten Strukturen von Funktionssystemen

kaum würdigte und die lautstarke Kritik ab den 1970er-Jahren sie, in einer radikalen Wendung, zu reinen Selbsteidealierungen reduzierte, so scheint Luhmann, im Versuch auch die manifesten Strukturen sozialer Systeme mit zu analysieren, diese strukturell überzubewerten oder sich nicht distanziert genug zu ihnen zu verhalten. Diese Kritik ist schwer von der Hand zu weisen, wenn man bedenkt, dass zumindest die *an Luhmann ansetzende* Forschung tatsächlich dazu neigt, die Autonomie von Funktionssystemen vorrangig an ihrer offiziellen, wenngleich systemtheoretisch ausgedrückten, Differenzierungsstruktur ablesen zu wollen. Begriffe wie ‚symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium‘, ‚Code‘, ‚Zweitcodierung‘ und ‚Programm‘ bilden dann so etwas wie eine nicht-juristische ‚Verfassung‘ oder, überspitzt ausgedrückt, das ‚Naturrecht‘ von Funktionssystemen, durch welches im Endeffekt lediglich im systemtheoretischen Jargon widergegeben wird, was die Funktionssysteme qua Reflexionstheorien auch über sich selbst sagen würden: dass sie nämlich im Regelfall unabhängig sind von systemexternen Konditionierungen.

Solche und ähnliche kritische Einwände sind Reaktionen auf die Sichtweise, der zufolge Funktionssysteme all die Strukturen, die sie funktional differenziert und autonom halten, durch ihre ungeschriebenen Verfassungen und insbesondere durch den ihnen zugeschriebenen Code selbst abbilden könnten. Kaldewey (2013: 79) spricht in diesem Zusammenhang von einem „puristischen Fehlschluss“, der „der Idee der binären Codierung einen beinahe absurd hohen Stellenwert einräumt“, wodurch in „Lehrbüchern, Einführungsvorlesungen und Kurzabrissen systemtheoretischen Denkens [...] immer wieder der Eindruck [entsteht], dass Funktionssysteme allein durch ihren je spezifischen Code definiert seien“. Um es mit Kieserling (2005: 434) auszudrücken, wird aus dieser Perspektive von einer „Kongruenz von System und Codierung“ ausgegangen. Letztlich zwingt diese purifizierte oder enge Sicht auf Funktionssysteme, schwierige Konstellationen entweder zu *externalisieren* („strukturelle Kopplungen“, „Leistungsbeziehungen“ zu anderen Funktionssystemen, Organisationen als Umwelt von Funktionssystemen) oder zu *pathologisieren* („Korruption“ durch systemfremden Codegebrauch, „feindliche Übernahmen“ durch andere Funktionssysteme, „noch nicht“ vollzogene funktionale Differenzierung an den Peripherien der Weltgesellschaft).

Vor diesem Hintergrund schlagen vermehrt auch Vertreter des Luhmann’schen Differenzierungsparadigmas Alternativen zu dieser als artifiziell erlebten Entleerung des Begriffs von Funktionssystemen vor. So spricht sich bspw. Kieserling (2005: 434) dafür aus, in die Funktionssysteme zumindest auch ‚autopoietisch sterile‘ Operationen zu inkludieren. Gemeint sind damit Operationen, die dem Code des jeweiligen Funktionssystems nicht unterstehen, diesem aber dennoch zuzuordnen seien. Kieserling denkt

dabei zum einen an Operationen, die mit der codierten Kommunikation eine ‚Funktionsgemeinschaft‘ eingehen. Aus dieser Perspektive deckt der Code eines Funktionssystems lediglich seine *gesellschaftliche Funktion* ab, während es darüber hinaus noch viele andere Probleme lösen muss, die zur Steigerung seiner Systemkomplexität und Leistungsfähigkeit beitragen. So ist der Reputationsmechanismus in der Wissenschaft offenkundig nicht nach wahr/unwahr codiert, ist offenkundig gerade nicht Teil seiner ‚offiziellen‘ Selbstdarstellung und ist dennoch dem Funktionssystem zuzurechnen, weil es ohne ihn sehr schwer wäre, wissenschaftliches Arbeiten zu motivieren und fachliche Aufmerksamkeit zu lenken. Zum anderen denkt Kieserling bei ‚autopoietisch sterilen‘ Operationen an die Reflexionstheorien der Funktionssysteme. Diese teilen mit den Funktionssystemen einen ‚Sinnzusammenhang‘ oder ein ‚Rationalitätskontinuum‘, seien aber weder wissenschaftliche Theorien, noch Vollzug der Codierung des reflektierten Systems.

Die Inklusion ‚autopoietisch steriler‘ Kommunikationen in die Funktionssysteme ermöglicht es, auch dann noch von funktionaler Differenzierung und der Autonomie von Funktionssystemen auszugehen, wenn in ihnen Kommunikationen vorkommen, die nicht funktionssystemspezifisch codiert und nicht durch ihre Selbstbeschreibung ‚gedeckt‘ sind. Es wird dadurch möglich, aus der Perspektive der Selbstbeschreibung ‚illegitime‘ Kommunikationen differenzierungstheoretisch einzuholen. Nun muss man es beim Interesse für ‚illegitime‘ Kommunikationen nicht bei ‚autopoietisch sterilen‘ Kommunikationen belassen, sondern kann sich auch Kommunikationen zuwenden, die der Selbstbeschreibung von Funktionssystemen *eindeutig* zuwider laufen. Die Autonomie sozialer Systeme kann aus dieser Sicht nur gewährleistet werden, wenn auch permanent auf Strukturen zurückgegriffen werden kann, die in die ‚offizielle‘ Darstellung des sozialen Systems nicht integriert werden können. Man kann, mit anderen Worten, funktionale Differenzierung auch von der *offenen Abweichung* von den Selbstbeschreibungen der Funktionssysteme her denken. Gerade mit dieser Figur ließen sich das starre ‚Naturgesetzbild‘ sozialer Systeme vermeiden und Verbindungen zu anderen theoretischen Positionen stärken.

3 Über die Funktionalität von Abweichungen in der Theorie funktionaler Differenzierung

Mit der Inklusion ‚autopoietisch steriler‘ Kommunikationen ist ein erster Schritt weg von der Gleichsetzung von Funktionssystem und Code und somit von der Kongruenz von Autonomie und Selbstbeschreibung getan. Ich will an dieser Stelle nicht bewerten, ob es sich hierbei um eine korrekte Lesart der Luhmann’schen Theorie funktionaler Differenzierung handelt.

Wichtig ist lediglich, dass auch sie noch radikaler interpretiert werden kann. Dazu muss man sich vor Augen halten, dass Kieserling bei ‚autopoietisch sterilen‘ Kommunikationen an solche denkt, die *überhaupt nicht* binär codiert sind. Kommunikationen müssen also, um einem Funktionssystem zuordenbar zu sein, nicht unbedingt dessen Code mitvollziehen, aber sie dürfen nicht durch den Code eines anderen Funktionssystems konditioniert sein (Kieserling 2005: 435) – dies wäre dann der Fall, wenn sich z.B. wissenschaftliche Reputation mittels des symbolisch generalisierten Mediums Geld kaufen ließe. Insofern handelt es sich bei ‚Sterilität‘ um eine sehr behutsam gewählte Metapher.

Während es durch die Sterilitätsmetapher möglich ist, auch solche Operationen ins Funktionssystem zu inkludieren, für die sich ihre Selbstbeschreibung *genieren* würden, findet sich bei Luhmann die meines Erachtens noch radikalere Behauptung, dass auch der ‚korrekte‘ Codegebrauch Strukturen entstehen lässt, die, obwohl einwandfrei dem System zuordenbar, in dessen legitimer Selbstbeschreibung *gar nicht vorkommen können*. Dafür findet sich bei Luhmann zumindest ein Hinweis, nämlich, bezogen auf das politische System, die Beschreibung des ‚inoffiziellen‘ oder ‚umgekehrten Machtkreislaufs‘ (Luhmann 1981a, 1981b: 42ff., 2002: 253ff., 2010: 130ff.).

Luhmann beschreibt moderne *demokratische* politische Systeme generell als differenziert in zwei gegeneinander laufende Kreisläufe, die sich durch die Binnendifferenzierung des Funktionssystems Politik in Verwaltung, Politik (im engeren Sinne) und Publikum entwickeln. Unter ‚Verwaltung‘ versteht Luhmann dabei alle Institutionen, die die Funktion haben, kollektiv bindende Entscheidungen durchzusetzen – neben dem, was üblicherweise als ‚Bürokratie‘ bezeichnet wird, fasst Luhmann unter Verwaltung auch Regierungen und Parlamente. Mit ‚Politik im engen Sinne‘ ist bei Luhmann, grob gesagt, Parteipolitik gemeint, d.h. die Vorbereitung von kollektiv bindenden Entscheidungen, die Auswahl von Personen für politische Ämter und die strategische Sondierung von Themen auf ihre politische Unterstützbarkeit. Das ‚politische Publikum‘ hat eine doppelte Rolle: zum einen muss es kollektiv bindende Entscheidungen akzeptieren, zum anderen kann es durch Wahlen seine Zustimmung mit oder Ablehnung von getroffenen Entscheidungen kommunizieren.

Verkettet sind diese drei Instanzen mittels eines *offiziellen Machtkreislaufs*, in dem Wähler über Parteien und Personen abstimmen, diese den Rahmen für die Entscheidungen der staatlichen Verwaltung setzen, die staatliche Verwaltung diesem Rahmen mehr oder minder folgt, Wähler Erfahrungen mit den Entscheidungen staatlicher Verwaltung machen und auf der Grundlage ihrer Zufriedenheit damit Parteien und Personen in Ämtern bestätigen oder abwählen. Das Kreislaufmodell von Macht in Demokratien ist an sich interessant, weil es in dieser Konzeption des politi-

schen Systems keine klare hierarchische Spitze gibt. In dieser Konzeption *zirkuliert* Macht und findet auch im Willen des Volkes nicht seine Letztinstanz. Der ‚offizielle‘ Machtkreislauf ist die auf den Begriff gebrachte und semantisch normalisierte Paradoxie moderner Demokratien als Herrschaft des Volkes über sich selbst (Luhmann 2002: 256f.).

Der *inoffizielle* Machtkreislauf hingegen ist durch die ‚offizielle‘ Semantik des politischen Systems nicht gedeckt. Hier wird der ‚offizielle‘ Machtkreislauf vielmehr ‚umgekehrt‘ oder auf den Kopf gestellt. Zum einen hat die Verwaltung Macht über die Politik im engen Sinne, da diese auf die fachliche Expertise jener angewiesen ist. Somit werden von politischen Parteien, im Großen und Ganzen (und auf jeden Fall *nach* Wahlen), lediglich die Themen für kollektiv bindende Entscheidungen ausgewählt, die die Verwaltung für rechtlich und finanziell durchführbar hält. Das Publikum wiederum ist, obwohl es in der ‚offiziellen‘ Semantik demokratischer Systeme im Modus der politischen Wahl Macht über die Parteipolitik ausübt, de facto von dieser abhängig, weil sie für das Publikum bestimmte Themen vorselektiert. Wähler können sich somit nur zwischen wenigen, vorstrukturierten und auf allgemeine Zustimmung getrimmten Alternativen entscheiden. Schließlich ist auch die Verwaltung, obwohl sie eigentlich kollektiv bindend entscheiden müsste, auf die Kooperation des Publikums und insofern auf dessen Wohlwollen angewiesen. Vor allem in Wohlfahrtsstaaten müssen Verwaltungen stets so entscheiden, dass sie organisierte Interessensvertretungen nicht gegen sich aufbringen und werden zudem immer mehr mit Aufgaben betraut, die (durch das Setzen von Anreizen) die aktive Mitwirkung der Betroffenen voraussetzen. Wie für den ‚offiziellen‘ Machtkreislauf gilt auch für den ‚inoffiziellen‘, dass es keine klare Machthierarchie zwischen den Instanzen gibt. Es regieren also nicht anstatt des Volkes ‚in Wirklichkeit‘ die Bürokratie, die Parteien oder die Interessensverbände, sondern sie alle teilen und tauschen Macht in Hinterzimmern.

Der springende Punkt ist nun, dass der ‚inoffizielle‘ oder ‚umgekehrte‘ Machtkreislauf bei Luhmann nicht als Pathologie beschrieben wird, sondern als *zentraler Bestandteil* und *unbeabsichtigte Nebenfolge der Ausdifferenzierung* des politischen Systems. Sobald unter demokratischen Bedingungen die drei oben genannten Instanzen gegeneinander ausdifferenziert werden und je mehr Entscheidungen dem politischen System insgesamt zugemutet werden, desto eher werden seine ‚offiziellen‘ Spitzen, die ‚Repräsentanten des Volkes‘, mit der Komplexität von Entscheidungssituationen überlastet. Das politische System reagiert darauf mit der Differenzierung von ‚offiziellen‘ und ‚inoffiziellen‘ Machtkreislauf (Luhmann 2002: 257ff.). Der ‚inoffizielle‘ Machtkreislauf schützt dabei gewissermaßen den ‚offiziellen‘ vor dessen eigenen potenziellen Blockaden. Er verhindert die Umsetzung populärer, aber verwaltungstechnisch unumsetzbarer Reformen, sorgt

dafür, dass die Wähler auch zwischen den Wahlen Einfluss auf politische Spitzen behalten und schließlich auch dafür, dass längerfristig nur politische Positionen zur Wahl stehen, die reale Chancen auf die Durchsetzung ihrer Forderungen haben. Gleichwohl kann man sich in Konfliktsituationen stets auf den ‚offiziellen‘ Machtkreislauf, also auf die formal gesetzten hoheitlichen Rechte und das Gewaltmonopol, berufen. Es ist dabei im Interesse aller Beteiligten, es zu so einem Konflikt aber gar nicht erst kommen zu lassen, weswegen alle involvierten Instanzen die Perspektive der jeweils anderen in ihre Entscheidungen einfließen lassen und so versuchen, diese in ihrem Sinne zu manipulieren – was natürlich von den Manipulierten antizipiert wird. Die Drohung mit physischer Gewalt ist in dieser Konstellation nur eine und zudem extrem selten in Anspruch genommene Machtquelle unter anderen. Es entsteht somit ein ungemein komplexer Entscheidungszusammenhang, der durch die ‚offizielle‘ Selbstbeschreibung des politischen Systems nicht gedeckt ist und durch seine multiplen Machtquellen weit über diese hinausgeht.

Trotzdem ist in diesem für Außenstehende sehr undurchsichtigen System nicht alles Verhandlungssache – der ‚offizielle‘ Machtkreislauf kann nicht *offen* unterlaufen werden. Von den Beteiligten wird in so einem doppelten Machtkreislauf immer erwartet, dass sie zwischen den Zeilen lesen können, dass sie wissen, wann man sich besser der ‚offiziellen‘ Darstellung fügt und wann Spielraum für die Umkehrung des Machtkreislaufs gegeben ist. Dabei sind die inoffiziellen Machtquellen aufgrund ihrer Illegitimität stets darauf angewiesen, in konkreten, räumlich begrenzten Interaktionen (Tarifverhandlungen, parlamentarischen Ausschüssen, Beratungsgesprächen im Arbeitsamt etc.) auszuloten, zu wie viel Entgegenkommen die Gegenseite bereit ist (Luhmann 2002: 263ff.). Damit ist es möglich, durch klandestine Verhandlungspraktiken im Einvernehmen mit der jeweiligen Gegenseite Sonderinteressen durchzusetzen. Spätestens hier spricht Luhmann nicht mehr von ‚inoffiziell‘, sondern von einer „leichte[n] Beimischung von Illegalität“ (Luhmann 2002: 262). Da der ‚offizielle‘ Machtkreislauf dabei immer geschont werden muss, geschieht dies alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit, unter Bedingungen räumlicher und sozialer Nähe und unter der Voraussetzung, dass man sich früher oder später – in Ausschüssen, beim Amt oder bei Anträgen – wieder begegnen wird. Mit anderen Worten: der ‚offizielle‘ Kreislauf kommt nicht ohne den ‚inoffiziellen‘ aus, und umgekehrt.

Bemerkenswert ist, dass dies alles für Luhmann nicht gegen die ‚Schließung‘ des politischen Systems spricht, denn auch der ‚inoffizielle‘ Machtkreislauf gründet sich ja auf Verhandlungsmacht. Damit ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass der ‚inoffizielle‘ Machtkreislauf auch durch den Geldmechanismus oder massenmediale Popularität in Gang gebracht wird, aber

konzeptionell ist das nicht zwingend – im Gegenteil. Um an die obige Diskussion anzuschließen: der ‚inoffizielle‘ Machtkreislauf setzt *gerade nicht* die Verwendung eines ‚systemfremden‘ Codes voraus. Er ist integraler Bestandteil des Funktionssystems Politik, das ohne ihn an der Komplexität demokratischer und wohlfahrtsstaatlicher Entscheidungslagen scheitern würde. Strukturell ähnelt der ‚inoffizielle‘ Machtkreislauf dennoch dem Reputationsmechanismus, den Kieserling (2005) als mit dem Wissenschaftssystem in einem *Funktionszusammenhang* stehend beschreibt. Beide sind integrale Bestandteile ihrer jeweiligen Funktionssysteme, kommen in der Selbstbeschreibung des Systems jedoch nicht vor. Der Unterschied besteht freilich darin, dass der ‚umgekehrte‘ Machtkreislauf skandalisierbar ist, *obwohl* es sich dabei eindeutig um den Codegebrauch des politischen Systems handelt. Er ist keine ‚autopoietisch sterile‘ Kommunikation – im Gegenteil. Dies zeigt in sehr klarer Weise an, dass bei Luhmann, entgegen landläufiger Meinung, von einer fehlenden Distanz zu idealisierten Selbstbeschreibungen von Funktionssystemen tatsächlich nicht die Rede sein kann – und dies ohne den Begriff der ‚autopoietisch sterilen‘ Kommunikation bemühen zu müssen.

Diese Perspektive ermöglicht zudem einen innovativen Zugang zum Vergleich politischer Systeme. So hat Kusche (2011) darauf hingewiesen, dass, aus der Perspektive des ‚inoffiziellen‘ Machtkreislaufs, der Unterschied zwischen klientelistischen und nicht-klientelistischen politischen Systemen kleiner ist als üblicherweise angenommen. Mehr noch, gerade klientelistische politische Systeme zeichnen sich dadurch aus, dass sie der ‚Politik im engen Sinne‘ weitgehende Durchgriffsrechte auf die Verwaltung erlauben und somit dem ‚offiziellen Machtkreislauf‘, also der Selbstbeschreibung des Funktionssystems Politik, weitaus eher entsprechen als politische Systeme ‚westlichen‘ Typs (Kusche 2011: 90f.). Eben aus dem Grund können klientelistische politische Systeme jedoch weitaus weniger Komplexität verarbeiten, als politische Systeme, in denen die Umkehrung des Machtkreislaufs in dieser Hinsicht möglich ist und die Verwaltung ermächtigt, politische Spitzen vor den langfristigen Folgen populärer Entscheidungen zu warnen oder sich gegen politische Stellenbesetzungen zur Wehr zu setzen.

Ein weiteres Beispiel, wie funktionale Differenzierung von der Abweichung her gesehen werden kann, führt in die Luhmann’sche Organisationssoziologie. Kerngedanke dabei ist die, durch die spätere autopoietische Theoriearchitektur mittlerweile verstellte, Figur der ‚brauchbaren Illegalität‘ (Luhmann 1964: 304ff.). ‚Brauchbare Illegalität‘ ist eine Sammelbezeichnung für all diejenigen Konstellationen, in denen formale Organisationen gegen ihre eigenen formalen Regeln verstoßen, um sich einer unberechenbaren Umwelt flexibel anpassen und damit gegen sie differenziert bleiben zu können. Luhmann denkt hier an den strenggenommen unerlaubten,

aber Entscheidungen massiv beschleunigenden ‚kurzen Dienstweg‘, an geschönte Außendarstellungen der Organisation, die bestandsnotwenig aber nicht offiziell formalisierbar sind, und schließlich an inoffizielle Umkehrungen der offiziellen Amtshierarchien, die sich einstellen, sobald statusniedrige Organisationsmitglieder über mehr fachliche Expertise verfügen, als die Chefs – charakteristisch für so gut wie jede Organisation. Illegalität ist hier also nicht im rechtlichen Sinne gemeint, sondern bezeichnet im Grunde die von formalen Selbstbeschreibungen der Organisation in *illegitimer*, also nach außen nicht offen darstellbarer Weise abweichenden Handlungen. Auch der Begriff der ‚Brauchbarkeit‘ ist sehr weit gefasst, bezieht sich also nicht im engen Sinne auf die formalen Ziele der Organisation, sondern auf ihren Bestandserhalt. Der springende Punkt ist ja, dass dieser gerade auch dann sichergestellt ist, wenn formale Ordnungen, also auch die gesetzten Ziele der Organisation, stillschweigend, rasch und flexibel verändert werden können, wenn Umwelтанforderungen dies nahelegen.

Die Radikalität dieses Ansatzes liegt erstens darin, dass für Luhmann ‚brauchbare Illegalität‘ die Nebenfolge einer *jeden* formalisierten Ordnung ist, also überall auftritt, wo voll explizierbare, konsistente und nach außen legitimierbare formale Ordnungen organisationales Handeln bestimmen sollen und dadurch zwangsweise in Anpassungsschwierigkeiten an eine chaotische, ständig sich wandelnde und unvorhersehbare Umwelt geraten. Brauchbare Illegalitäten machen Organisationen beweglich und schützen formale Strukturen vor ihrer eigenen Starrheit, die im Übrigen auch dann auftritt, wenn versucht wird, formale Strukturen aufzuweichen (vgl. etwa die sog. ‚human relations‘-Bewegung). Zweitens erfüllen brauchbare Illegalitäten ihre Funktion nur, wenn sie informal, versteckt und latent bleiben – auch dies eine Parallele zum Begriff des ‚umgekehrten‘ Machtkreislaufs. Sobald versucht wird, brauchbare Illegalitäten im technokratischen Sinne für die Organisation zu explizieren und manifest brauchbar zu machen, werden sie selbst zu starren Formalstrukturen, verlieren ihre Latenz und werden dann wiederum durch neue brauchbare Illegalitäten umschifft. Drittens schließlich sind brauchbare Illegalitäten emergente Ordnungen: abweichende Organisationsmitglieder müssen nicht ‚mit dem Kopf der Organisation‘ denken. Sie können sich aus rein egoistischen oder kollegialen Gründen die Arbeit erleichtern, offizielle Bestimmungen umgehen und gerade dadurch ungewollt ihre Organisation vor formalisierter Starrheit bewahren.

Diese Einsicht wurde erst in den letzten Jahren in der Organisationssoziologie wiederentdeckt und dies vor dem Hintergrund empirischer Studien, die aufzeigen, dass die Forderung nach strenger und penibel genauer Regelbefolgung (‚compliance‘) Organisationen die Möglichkeit nimmt, brauchbar illegal zu handeln und sie auf einen ineffizienten ‚Dienst nach

Vorschrift‘ verpflichtet (Anechiarico/Jacobs 1996; Greve et al. 2010). In solchen Situationen entwickeln Organisationsmitglieder klandestine lokale Praktiken, durch die sie die Strenge der offiziellen Arbeitsschritte und Hierarchien umgehen und genau dadurch unintendiert die Flexibilität der Organisation steigern (Bernstein 2012; Courpasson et al. 2012).

Sowohl für die Figur des ‚umgekehrten‘ Machtkreislaufs, als auch für die Figur der ‚brauchbaren Illegalität‘ gilt es herauszustreichen, dass sie als Abweichungen von den Selbstbeschreibungen nicht einfach in sozialen Systemen vorkommen, so wie es etwa in einer gut geordneten Stadt auch ‚Problembezirke‘ gibt. Vielmehr sind sie als Abweichungen unerlässlich für die *Autonomie* der betreffenden sozialen Systeme. Ohne sie würden soziale Systeme in sehr inflexibler Weise auf ihre Selbstbeschreibungen verpflichtet, was fast zwangsläufig zur Inanspruchnahme systemexterner Ressourcen zwingt. So wurde mit Blick auf Entwicklungsstaaten argumentiert, dass dort bisweilen versucht wurde westliche politische Systeme ausschließlich im Sinne ihrer idealisierten Selbstdarstellungen, also gerade ohne institutionalisierten ‚umgekehrten Machtkreislauf‘, zu übernehmen. Die Folge war, dass dieser dann ins völlig Illegale und Unkontrollierbare abgeschoben wurde, bspw. durch das nachträgliche korrupte Umgehen rigoroser, aber schlecht vorbereiteter und wenig konsentierter Gesetze (Huntington 1968: 62f.; Scott 1969: 327).

Eine Organisation, die Abweichungen von der formalen Ordnung nicht einmal in Routinesituationen dulden will, zwingt ihre Mitarbeiter, sich in die noch wenig kontrollierten Zonen der Organisation zurückzuziehen, wenn denn schnell entschieden werden muss. Es entstehen Vertrauensnetzwerke und geschlossene Cliques, die zu einer verschworenen Parallelstruktur, zu einer informalen Organisation in der Organisation werden können – nun unter *vollständiger* Missachtung der formalen Ordnung und unter zunehmender Unklarheit darüber, wo die eigentlichen Grenzen der Organisation verlaufen, wer also welcher Organisation im Zweifelsfalle die Stange hält (Greve et al. 2010; Vaughan 1999).

4 Konzeptionelle Bezüge und mögliche Weiterentwicklungen

Die Wiederentdeckung von ‚inoffiziellen‘, ‚illegalen‘ oder ‚illegitimen‘ Strukturen flexibilisiert Theorien funktionaler Differenzierung und ermöglicht es, weitaus stärker und klarer als bislang, Autonomie und Selbstbeschreibung von Funktionssystemen analytisch zu trennen. Damit ist es nicht mehr notwendig, alle Abweichungen von ‚Systemverfassungen‘ zwanghaft zu externalisieren oder zu pathologisieren, sondern Abweichun-

gen von offiziellen Systemdarstellungen unter bestimmten Voraussetzungen als Bedingung der Möglichkeit funktionaler Differenzierung zu betrachten. Um eine Metapher zu verwenden, könnte die ‚klinische Sauberkeit‘ funktionaler Differenzierung ersetzt werden durch den ‚Schmutz der Systeme‘, der ihre Immunkräfte stärkt.

Denkt man funktionale Differenzierung von der Abweichung her, so ist es naheliegend, als mögliches empirisches Forschungsprogramm die unbeabsichtigten Nebenfolgen von Reformmaßnahmen in den Blick zu nehmen, die soziale Systeme auf die strenge Einhaltung ihrer eigenen formalen Selbstbeschreibungen einzuschwören versuchen. Auf der Ebene von Organisationen stehen dafür die Begriffe ‚Accountability‘ und ‚Compliance‘, auf der Ebene von Funktionssystemen die Metaphern der ‚Transparenz‘ und der ‚Sauberkeit‘ zur Verfügung. Für Theorien funktionaler Differenzierung ist die Versuchung groß, sich zu solchen Konzepten affirmativ zu verhalten – schließlich bezeichnen sie ja die *kontrollierte Überwachung der Selbststeuerung* sozialer Systeme. Doch gerade vor dem Hintergrund des hier präferierten Ansatzes scheint es angemessener, sich gerade auch aus differenzierungstheoretischer Sicht in kritischer Distanz mit Sozialtechnologien auseinanderzusetzen, die Informalitäten den symbolischen Krieg erklären und funktionale Differenzierung als eine ‚play-to-the-rules‘-Ideologie auffassen.

Die obigen Ausführungen zur Vereinbarkeit von Theorien funktionaler Differenzierung mit Abweichungen von Selbstbeschreibungen sozialer Systeme sind natürlich rein cursorisch und keine konzise Theorie dieses Verhältnisses. Eine umfassende theoretische Darstellung dieser Gemengelage, die über Einzelfalldarstellungen hinausginge, fehlt meines Wissens. Bei der Ausarbeitung einer solchen Theorie müsste zunächst beachtet werden, dass nicht alle sozialen Systeme in gleichem Maße über eine ‚offizielle‘ Darstellung verfügen, von der eine ‚inoffizielle‘ abweichen könnte – sei es nun in einer für das System funktionalen Art oder nicht. Analysen, die aus einer differenzierungstheoretischen Perspektive nach solchen Abweichungen fragen, sind vermutlich am einfachsten dort, wo die Selbstbeschreibung sozialer Systeme in sehr formaler Art kodifiziert ist. Die *Funktionssysteme* Recht und Politik sind eingängige Beispiele. Schwieriger sind in dieser Hinsicht Funktionssysteme wie Wissenschaft, Massenmedien oder Kunst, deren ‚offizielle‘ Selbstdarstellungen weitaus weniger den Charakter von formalen Kodizes haben und wo Abweichungen folglich weitaus weniger ins Versteckte und Informale abgeschoben werden müssen. *Formale Organisationen* sind qua Satzung der Selbstbeschreibung wiederum sehr gute Beispiele, was sich am gegenwärtig wieder erstarkenden organisationssoziologischen Interesse für die Funktionalität von Abweichungen zeigt. Inwiefern das Modell überhaupt auf *Interaktionen* anwendbar ist, kann hier nicht geklärt

werden, müsste aber ebenfalls Teil einer umfassenden theoretischen Aufarbeitung sein.

In jedem Fall legen es die dargestellten Theoriefiguren nahe, dass sich differenzierungstheoretische Ansätze nicht auf die Analyse von ‚Verfassungsverstößen‘ konzentrieren müssen, sondern abweichendem Verhalten, eingespielten Praktiken sowie klandestinen und räumlich begrenzten Kommunikationen einen durchaus prominenten Stellenwert einräumen können. Die Herausforderung, die sich dann stellt, ist jedoch stets, wie es gelingen kann, mit einem solchen Ansatz nicht abermals in die ‚Funktionalismusfalle‘ zu tappen, also jedem Verhalten *ex post* eine *systemstabilisierende, autonomiewahrende* oder *effizienzsteigernde* Funktion anzudichten. Empirischen Mikroanalysen käme gerade in dem Punkt eine wichtige korrektive Aufgabe zu. Stets zu beachten ist dabei, dass sich Abweichungen von Selbstdarstellungen nicht zwangsläufig zu einem Mehrwert für das soziale System insgesamt summieren müssen – sie können auch den Abweichenden selbst und nur ihnen von Nutzen sein. Die Frage nach der Funktionalität von Abweichungen im Rahmen einer Theorie funktionaler Differenzierung muss stets mit der Frage beginnen: ist diese Abweichung wirklich funktional für das *soziale System*, das ich beobachte? Dass Funktionalität hierbei begrifflich näher bestimmt werden muss, ist offenkundig und es liegt nahe, diese auf den Bestandserhalt des anvisierten sozialen Systems zu beziehen. Allerdings, und das ist eine konzeptionelle Herausforderung, muss dann die Einheit des analysierten sozialen Systems anders als über dessen Selbstbeschreibungen und formale Autonomiebehauptungen definiert werden.

Literatur

- Abbott, Andrew (1988): *The System of Professions: An Essay on the Division of Expert Labor*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Alexander, Jeffrey (1993): *Soziale Differenzierung und kultureller Wandel. Essays zur neofunktionalistischen Gesellschaftstheorie*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Anechiarico, Frank/Jacobs, James B. (1996): *The Pursuit of Absolute Integrity: How Corruption Control Makes Government Ineffective*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Becker, Howard S. (1963): *Outsiders: Studies in the Sociology of Deviance*. New York: Macmillan.
- Berger, Johannes (2003): „Neuerliche Anfragen an die Theorie funktionaler Differenzierung“. In: Giegel, Hans-Joachim/Schimank, Uwe (Hg.): *Beobachter der Moderne. Beiträge zu Niklas Luhmanns ‚Die Gesellschaft der Gesellschaft‘*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 207-230.

- Bernstein, Ethan (2012): „The Transparency Paradox: A Role for Privacy in Organizational Learning and Operational Control“. In: *Administrative Science Quarterly* 57(2), S. 181-216.
- Bloor, David (1976): *Knowledge and Social Imagery*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Bongaerts, Gregor (2008): *Verdrängung des Ökonomischen. Bourdieus Theorie der Moderne*. Bielefeld: transcript.
- Courpasson, David/Dany, Françoise/Clegg, Stewart (2012): „Resisters at Work: Generating Productive Resistance in the Workplace“. In: *Organization Science* 23(3), S. 801-819.
- Demerath, Nicholas J./Peterson, Richard A. (Hg.) (1967): *System, Change and Conflict*. New York: Free Press.
- Gouldner, Alvin W. (1974): *Die westliche Soziologie in der Krise*. Reinbek: Rowohlt.
- Greve, Henrich/Palmer, Donald/Pozner, Jo-Ellen (2010): „Organizations Gone Wild: The Causes and Consequences of Organizational Misconduct“. In: *The Academy of Management Annals* 4(1), S. 53-107.
- Huntington, Samuel P. (1968): *Political Order in Changing Societies*. New Haven: Yale University Press.
- Johnson, Terence J. (1972): *Professions and Power*. London: Macmillan.
- Kaldewey, David (2013): *Wahrheit und Nützlichkeit. Selbstbeschreibungen der Wissenschaft zwischen Autonomie und gesellschaftlicher Relevanz*. Bielefeld: transcript.
- Kieserling, André (2004): *Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung: Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kieserling, André (2005): „Drei Vorbehalte gegen ‚Funktionssysteme‘“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 34(6), S. 433-436.
- Kieserling, André (2008): „Felder und Klassen: Pierre Bourdieus Theorie der modernen Gesellschaft“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 37(1), S. 3-24.
- Knorr-Cetina, Karin (1991): *Die Fabrikation von Erkenntnis*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Knorr-Cetina, Karin (1992): „Zur Unterkomplexität der Differenzierungstheorie. Empirische Anfragen an die Systemtheorie“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 21(6), S. 406-419.
- Kneer, Georg (2001): „Organisation und Gesellschaft. Zum ungeklärten Verhältnis von Organisations- und Funktionssystemen in Luhmanns Theorie sozialer Systeme“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 30(6), S. 407-428.
- Kuchler, Barbara (2006): „Bourdieu und Luhmann über den Wohlfahrtsstaat. Die Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche und die Asymmetrie der Gesellschaftstheorie“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 35(1), S. 5-23.
- Kusche, Isabel (2011): „Klientelistische Strukturen und Ausdifferenzierung von Politik“. In: Priddat, Birger P./Schmidt, Michael (Hg.): *Korruption als Ordnung zweiter Art*. Wiesbaden: VS, S. 75-98.
- Larson, Magali S. (1977): *The Rise of Professionalism: A Sociological Analysis*. Berkeley: University of California Press.
- Latour, Bruno (1993): *The Pasteurization of France*. Cambridge: Harvard University Press.
- Luhmann, Niklas (1964): *Funktionen und Folgen formaler Organisation*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, Niklas (1981a): „Machtkreislauf und Recht in Demokratien“. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2(2), S. 158-167.
- Luhmann, Niklas (1981b): *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München: Günter Olzog.
- Luhmann, Niklas (1988): *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Luhmann, Niklas (1993): *Das Recht der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2002): *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2010): *Politische Soziologie*. Berlin: Suhrkamp.
- Merton, Robert K. (1973): *The Sociology of Science: Theoretical and Empirical Investigations*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Mills, C. Wright (1963): *Kritik der soziologischen Denkweise*. Neuwied: Luchterhand.
- Nassehi, Armin (2004): „Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 33(2), S. 98-118.
- Parsons, Talcott (1939): „The Professions and Social Structure“. In: *Social Forces* 17(4), S. 457-467.
- Parsons, Talcott (1951): *The Social System*. Glencoe: Free Press.
- Parsons, Talcott (1968): „Professions“. In: Sills, David L. (Hg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences* 12. New York: Free Press, S. 536-574.
- Petzke, Martin (2009): „Hat Bourdieu wirklich so wenig ‚Klasse‘? Replik auf André Kieserlings Aufsatz ‚Felder und Klassen. Pierre Bourdieus Theorie der modernen Gesellschaft““. In: *Zeitschrift für Soziologie* 38(6), S. 514-520.
- Renn, Joachim (2004): „Wissen und Explikation. Zum kognitiven Geltungsanspruch der ‚Kulturen““. In: Jaeger, Friedrich/Liebsch, Burkhard (Hg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Grundlagen und Schlüsselbegriffe. Band 1*. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 232-250.
- Renn, Joachim (2006): *Übersetzungsverhältnisse. Perspektiven einer pragmatistischen Gesellschaftstheorie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Schmidt, Volker H. (2005): „Die Systeme der Systemtheorie. Stärken, Schwächen und ein Lösungsvorschlag“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 34(6), S. 406-424.
- Scott, James C. (1969): „The Analysis of Corruption in Developing Nations“. In: *Comparative Studies in Society and History* 11(3), S. 315-341.
- Vaughan, Diane (1999): „The Dark Side of Organizations: Mistake, Misconduct, and Disaster“. In: *Annual Review of Sociology* 25, S. 271-305.